

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

Vom 13. Januar 2025

Prot.-Nr. 005

Fraktionsübergreifender Auftrag betr. Sicherheit in Olten/Beantwortung

Am 26. September 2024 wurde folgender fraktionsübergreifender Auftrag (SVP, Mitte/GLP/EVP, FDP) zuhanden des Gemeindeparlaments eingereicht:

«Der Stadtrat prüft die Erarbeitung eines Massnahmenkatalogs, wie die Sicherheit in Olten kurz- und langfristig wieder erhöht werden kann. Diesen legt er dem Gemeindeparlament vor. Er erstattet im Falle des Inkrafttretens regelmässig Bericht über den Fortschritt der umgesetzten Massnahmen und anhand von definierten Messgrössen über deren Erfolg.

Begründung:

Wurden 2019 noch 1'921 Straftaten in Olten registriert, waren es im Jahr 2023 mit 2'942 gemeldeten Vorfällen rund +53% mehr (BFS, 2023, S. 68). Diese Zahlen lassen aufhorchen und korrelieren mit dem schwindenden Sicherheitsgefühl in der Oltnen Bevölkerung. Neben der Tatsache, dass sich in der Stadt diverse kriminelle Brennpunkte herauskristallisiert haben (Oltnen Tagblatt, 2023, S. 14), unterstreichen auch etliche negative Schlagzeilen zu begangenen Straftaten in den Lokalzeitungen diese Tendenz. Insbesondere die Berichterstattung der CH Media (2024) zur vorherrschenden (organisierten) Kriminalität in Olten bestätigt den Handlungsbedarf. Die aktuellsten Zahlen der Kantonspolizei unterstreichen diese negative Entwicklung in Olten (Polizei des Kantons Solothurn, 2024).

Wie zudem die Beantwortung und die parlamentarischen Diskussionen der Interpellationen 'Sicherheit in Bahnhofsnähe Olten', 'Ladenmix in der Innenstadt, wozu die Barbershops' und 'Immobilienmanagement Olten' aufgezeigt haben, besteht dringender Handlungsbedarf im Bereich der (organisierten) Kriminalität in Olten.

Während für den Vollzug der einschlägigen Vorschriften (StGB, BetmG etc.) hauptsächlich der Kanton zuständig ist, liegt es in der grundsätzlichen Verantwortung der Stadtregierung, die Durchsetzung von Recht und Gesetz auch einzufordern. Zudem beschränken sich die Massnahmen nicht nur auf die Strafverfolgung durch die Kantonspolizei, sondern könnte die Stadt Olten mithilfe von Immobilienmanagement, Nutzungsvorschriften (z.B. an neuralgischen Orten auf öffentlichen Grund), Bewirtschaftung des öffentlichen Raums, Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität, gezielten Infrastrukturmassnahmen bis hin zu einer Anpassung der Ladenöffnungszeiten Einfluss nehmen. Der Stadtrat hat die Problematik gesamtheitlich anzugehen, einzufordern und umzusetzen; er muss dabei keine Pionierarbeit leisten – ein Blick auf vergleichbare Städte bestätigt die Machbarkeit und kann Orientierung bieten.»

* * *

Stadtpräsident Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zu den Fakten: Die Polizei Kanton Solothurn bestätigt die im Vorstosstext aufgeführten Zahlen. Die Delikte nehmen vor allem im Bereich Diebstahl und Sachbeschädigungen zu. Dabei dominieren die Diebstahldelikte, insbesondere im Zusammenhang mit Fahrzeugen, wo die Fahrzeugdiebstähle zwischen 2019 und 2023 um rund 36% angestiegen sind. Auch die Zahl der Fahrraddiebstähle in der Stadt Olten hat zugenommen, wobei Serieldelikte, die von einzelnen Tätern begangen werden, einen erheblichen Anteil an diesem Anstieg ausmachen. Ebenso widerspiegelt sich in der Statistik der Anstieg von Diebstählen ab und aus Fahrzeugen, der ein landesweiter Trend ist. Gewaltdelikte bleiben hingegen konstant. Rückläufig sind die Zahlen bei den Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie gegen die Bundesgesetze über die Ausländerinnen und Ausländer und über deren Aufenthalt und Niederlassung.

Die Entwicklung der Kriminalitätszahlen, insbesondere im Bereich der Diebstahldelikte, verdeutlicht laut Polizei Kanton Solothurn die fortlaufende Notwendigkeit gezielter Massnahmen zur Bekämpfung von Vermögens- und Sachdelikten. Die Polizei führt denn auch seit einiger Zeit verstärkte Nachkontrollen in betroffenen Quartieren und am Bahnhof durch. Diese präventiven Massnahmen seien sehr zeit- und personalintensiv, so die Polizei; sie trügen aber entscheidend zur Erhöhung der Sicherheit und zur Abschreckung bei. Bei der Sicherheitsumfrage der SBB betreffend Bahnhof Olten sind die Werte zu den Kritikpunkten «Zu wenig Sicherheitskräfte sichtbar» und «Ich fühlte mich nicht sicher» im Übrigen von 2023 auf 2024 um 24% bzw. 22% gesunken.

Die Erläuterungen der Polizei Kanton Solothurn zeigen, dass sich nicht alle Straftaten in einen Topf werfen lassen. Sie unterscheiden sich beispielsweise bezüglich Auswirkungen auf die objektive Sicherheit und Leib und Leben sowie bezüglich der Massnahmen, wie sie bekämpft werden können. Die von der Polizei erhobenen Zahlen zeigen zum Beispiel, dass bei der wachsenden Zahl der Delikte weniger Gewaltdelikte als vielmehr Vermögensdelikte im Vordergrund stehen. Letztere können sicher auch das subjektive Sicherheitsgefühl beeinflussen, sind aber in ihren Auswirkungen auf die Sicherheit im öffentlichen Raum sicher anders zu werten. Und in mehreren Bereichen muss auch festgestellt werden, dass es sich um nationale oder gar internationale Trends handelt, die auf lokaler Ebene schwierig zu bekämpfen sind.

Zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum hat der Stadtrat in der Vergangenheit einiges getan. So wurden die Kontakte und Absprachen mit der Polizei Kanton Solothurn verstärkt – nicht zuletzt im Rahmen des Pilotprojekts SIP und nun der Weiterführung durch Gassenarbeit und Sicherheitsdienst, welche der Stadtrat auch gegen Widerstand im Parlament als seiner Ansicht nach wichtige Massnahme erkämpft hat. Als Basis für deren Arbeit wie auch für die Polizei hat der Stadtrat zudem eine Nutzungsordnung für den öffentlichen Raum (Beilage) erlassen.

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität wiederum liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadtbehörden, sondern der Polizeiorgane und des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Hier kann die Stadt lediglich im Rahmen von Immobilienmanagement Einfluss nehmen. Dabei aber die Möglichkeiten des praktischen Vorgehens eingeschränkt, indem nicht jede Liegenschaft, in der sich aktuell ein «Problembetrieb» befindet, durch die öffentliche Hand erworben werden kann. Vielmehr setzt die Stadt Olten auf den Dialog mit den Eigentümerinnen und Eigentümern der entsprechenden Liegenschaften, in dem sie vom vor einigen Monaten eingesetzten City Manager tatkräftig unterstützt wird. Zudem sind auch die für ein Immobilienmanagement zur Verfügung stehenden Mittel angesichts vieler anderer dringend notwendiger Investitionsvorhaben bekanntlich gering. Diese Investitionsvorhaben umfassen im Übrigen durchaus auch solche, welche – wie beispielsweise die Verbesserung der Stadtteilverbindungen Winkel und Hammer/Olten SüdWest oder der Neue Bahnhofplatz Olten – die objektive und subjektive Sicherheit positiv beeinflussen werden.

Wie die Ausführungen zeigen, hat der Stadtrat im Rahmen der Möglichkeiten auf lokaler Ebene in einer differenzierten Herangehensweise Massnahmen für eine Gewährleistung der Sicherheit getroffen und wird diesbezüglich auch weitere Schritte unternehmen. Gerade weil die Ursachen, die Wirkungen, aber auch die zuständigen Instanzen so unterschiedlich sind, verzichtet er aber derzeit auf die aufwändige, seiner Ansicht nach aber nicht zielführende Erarbeitung eines Massnahmenplans. Er nimmt die lokale Sicherheit durchaus ernst, indem er die in der Zuständigkeit der Einwohnergemeinde liegenden Massnahmen umsetzt, und hofft dabei auf die Unterstützung des Parlaments.

Aufgrund dieser Erwägungen beantragt er dem Gemeindeparlament, den Auftrag in Form eines Prüfungsauftrags nicht erheblich zu erklären.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktionsleiter/in entsprechende Direktion
Stadtkanzlei, Parlamentsgeschäfte

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

